

## Stoppt die Startbahn „West“

Die geplante Flughafen-Startbahn „West“ würde eines der letzten intakten Waldgebiete zerstören. Grundwasserabsenkungen und Klimaveränderungen wären zu erwarten. Lärm und Luftverschmutzung würden zunehmen.

**Wir fordern: Modernisierung des Flughafens ohne Erweiterung. Abzug der US-Streitkräfte vom Flughafen.**

Es wäre verhängnisvoll, wenn die Ausbaueegner aus dem Verwaltungsgerichtsurteil von Berlin „Anlaß für Optimismus“ herauslesen und in ihrer Abwehr erlahmen würden. Tatsache ist, die FAG hatte mit einem für sie ungünstigeren Urteil gerechnet. Sie war vom Urteil freudig überrascht und will jetzt die Zeit nutzen, um das Umland für ihre Pläne zu gewinnen. Zur FAG-Strategie gehört jetzt: leise treten, keine Freude zeigen, Aufträge ins Umland vergeben. Es ist sicher, daß an dieser Strategie jetzt ganze Stäbe arbeiten. Zum großen FAG-Plan gehört auch das legale „Einkaufen“ von Politikern, die früher zu den Ausbauegnern gezählt haben. So wird ab 1. November 1978 der „ehemalige Fluglärmgegner“ und 1. Stadtrat von Neu-Isenburg, Herbert Becker, Hauptstellenleiter bei der FAG. Zur Salami-Taktik der FAG gehört auch die geplante Verlängerung der beiden Startbahnen. Es ist eine Tatsache: Diese Verlängerung bringt nicht den geringsten Kapazitätzuwachs — aber man hätte dann die Anbindung an eine Startbahn „West“. Die FAG-Begründung: Die Parallelbahn-Verlängerung, die Millionen

kosten würde, sei notwendig, um ein modernes Landesystem einbauen zu können — ist falsch. Die jetzige Länge der Bahnen (3.750 m) ist ausreichend, um auch hier schon moderne Landehilfen installieren zu können.

Man sieht, die FAG spielt mit falschen Karten und sie wird sich noch einige Tricks einfallen lassen, um die Kommunalpolitiker und die Bevölkerung des Umlandes einzulullen. (Neuerdings prognostiziert die FAG sogar für Kelsterbach besseres Wetter nach dem Bau der Startbahn „West“!)

Wir sagen:

**Wer sich jetzt nicht gegen die Verlängerung der beiden Startbahnen wehrt, wird morgen gegen den Bau der Startbahn „West“ nichts mehr ausrichten können.**

Die DKP, die nun auch auf parlamentarischer Ebene gegen den Ausbau Initiative ergreift, setzt vor allem auf den breiten Widerstand der betroffenen Bevölkerung. Die Spitzen der Wiesbader Parteien sind für den Bau der Startbahn „West“ — sie sollten noch vor dem 8. Oktober die Bürgermeinung kennenlernen.

### Zwei Anträge der DKP

*In zwei Anträgen forderte die DKP-Fraktion die Einbeziehung des Stadtparlaments in die Abwehraktionen gegen die Startbahn „West“:*

#### ANTRAG 1

Die Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf protestiert mit einer Resolution gegen den Ausbau des Flughafens. Die Protesterklärung wendet sich an die Hessische Landesregierung, an das Bundesministerium für Verkehr und das Post- und Fernmeldewesen und an die FAG. Die Erklärung wird der Presse, Funk und Fernsehen überreicht.

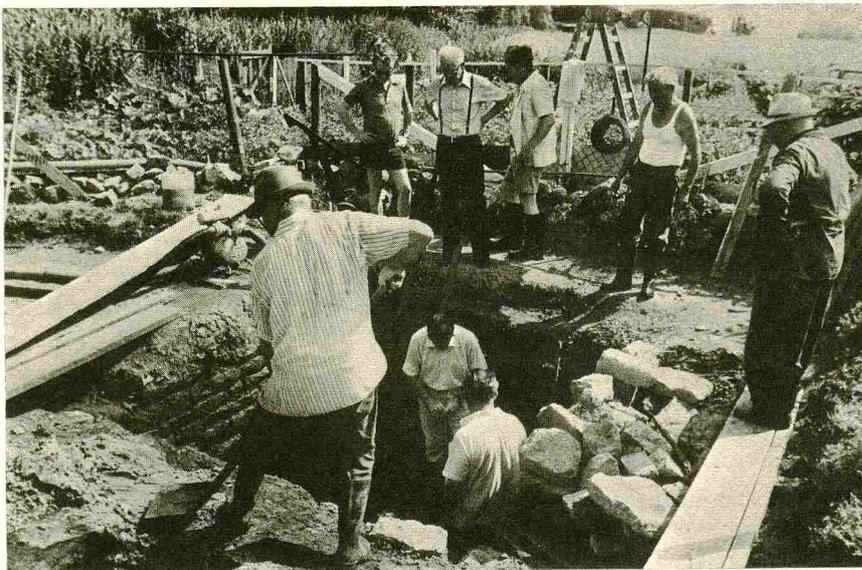
Die DKP-Fraktion legt folgenden Resolutions-Entwurf vor:

„Wir möchten hiermit erneut unseren Protest gegen die Ausbaupläne des Rhein-Main-Flughafens zum Ausdruck bringen. Die geplante Verlängerung der vorhandenen Parallel-Startbahnen und die vorgese-

hene neue Startbahn „West“ würden nicht wiedergutmachende Schäden in einem für das gesamte südliche Rhein-Main-Gebiet lebensnotwendigen Naherholungsgebiet verursachen. Die Zunahme von Lärm und Abgasen ist in unserem belasteten Gebiet nicht mehr zu verantworten. Angesichts der über 2.500 Arbeitsplätze, die der Flughafen Bürgern unserer Stadt bietet, versteht es sich von selbst, daß wir keine Flughafen-Gegner sind. Wir sind aber dafür, daß andere als die geplanten Maßnahmen gefunden werden, um die Kapazität des Flughafens zu erhalten und auszubauen.

Hierzu machen wir folgende Vorschläge:

1. Frachtflugzeuge sollten außerhalb der Spitzenzeiten abgefertigt werden.
2. Luftverkehrsgesellschaften, die keine Anbindung an den internationalen Flugverkehr benötigen, sollten nicht zusätzlich nach Frankfurt als Basis geholt werden.
3. Zu den Spitzenzeiten wird nur Linien- und Charterverkehr zugelassen. Alle anderen Flugzeuge müssen diese „Stoßzeiten“ meiden (z.B. Privat-Jets).
4. Wir bitten um neue Initiativen, die zum Abzug der US-Streitkräfte vom Rhein-Main-Flughafen führen könnten. Der militärische Flugverkehr ist eine zusätzliche Belastung (die schon frühmorgens landenden Galaxy-Transporter erreichen fast Lärmwerte der „Concord“!). Die US-Airbase umfaßt mehr als ein Drittel des Flughafen-Geländes. Zur besseren Sicherung des Flugverkehrs schlagen wir vor, daß die Landeschwelle der Bahn 25 L in die Bahn hineinverschoben wird, ohne Verlängerung der Landebahn. Dadurch verkürzt sich die Landedistanz, die jetzt aber mit 3.750 m reichlich bemessen ist. Auch 3.000 m sind aus der Sicht von Experten noch ausreichend.



Ein historischer Brunnen, der wahrscheinlich schon vor dem 30-jährigen Krieg existierte, wurde wieder entdeckt. Viele Kubikmeter Schutt mußten die Aktiven des Heimatvereins wegräumen, um die steingemauerte Hauptbrunnenkammer freizulegen.

Wie der Name Waldborn andeutet, befand sich der Brunnen einstmals im Walde. Erst mit der Rodung von Revieren des Oberwaldes in den Jahren nach 1828 und nochmals 1845 und Umwandlung in Acker- und Wiesenland kam es zur „Freistellung“ des Borns, und seitdem steht er in der Feldgewann. Die DKP-Fraktion hat mittlerweile beantragt, daß die Stadt bei der endgültigen Rekonstruktion Hilfe leistet.

Durch diese Maßnahmen wird die Installation eines Landesystems „ILS Cat II“ möglich, das eine sichere Landung auch bei schlechten Sichtbedingungen erlaubt. Zum Start steht dabei die volle Länge der Bahn zur Verfügung.

Vor allem erwarten wir auch strenge Begrenzungen der Flugbewegungen in Spitzenzeiten, um eine mögliche Gefährdung der Bevölkerung durch Kollisionen zu vermeiden. (Im Juni kam es zu einem unverantwortlichen Stundenrekord von 68 Flugbewegungen.)

Wir fordern neue Überlegungen für eine bessere gesamtgesellschaftliche Planung des Luftverkehrs.“

#### ANTRAG 2

Die Stadt Mörfelden-Walldorf initiiert eine Unterschriftensammlung gegen den geplanten Bau der Startbahn „West“.

Zu diesem Zweck werden Unterschriftenlisten gedruckt und den Parteien und allen gesellschaftlichen Organisationen zur Verfügung gestellt. Außerdem werden diese in den Rathäusern und an anderen geeigneten Stellen ausgelegt.

#### Begründung:

Die Gefahr, daß die Startbahn „West“ durch eines der letzten zusammenhängenden Waldgebiete unserer Heimat geschlagen wird, ist nach dem Berliner Urteil nicht geringer geworden.

Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtes Berlin bleibt nur wenig Zeit, um die Protestbewegung erneut breit zu entwickeln.

Durch die Startbahn „West“ würde ein riesiges geschlossenes Waldgebiet zerstört. Grundwasserabsenkungen und Temperaturveränderungen wären zu erwarten. Lärm- und Luftverschmutzung würden in unserem schwer belasteten Gebiet weiter zunehmen.



Hans Kohlhepp, Hochstr. 18, schrieb uns einen Leserbrief zum Flughafen-Problem. Er schreibt u.a.:

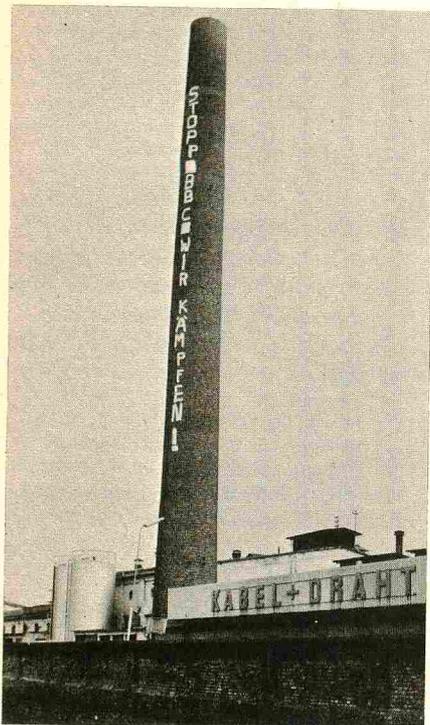
Nachdem ich am Donnerstag, den 3.8., am Freitag, den 4.8., 21.45 Uhr, die Sendung „Brennpunkt“ und „Milliardenmißverständnis“ – Waldabholzung für die Autobahnen und Flugplatzerweiterung Ffm. angesehen habe und am Freitag, den 5.8. die Hörfunksendung „Argumente“ um 10.05 Uhr gehört habe, versuche ich mit diesem Brief zu dem aktuellen Thema „Umweltschutz“ Stellung zu nehmen. Vor allem freut es mich, daß nun endlich das Naturschutzgebiet um Mönchbruch erweitert wird.

„Die Startbahn „West“, welche unser Naturschutzgebiet zerstören würde, darf niemals gebaut werden“.

Der Lärm und die Luftverpestung ist nach wie vor gleich und das bis in die Nacht hinein, obwohl seit 1977 der als angeblich „leise“ bekannte Airbus im Einsatz ist. Das Nachtflugverbot wird, obwohl die Fluglotsen in Frankreich wieder arbeiten, nicht befolgt. Eine Schwellenverlegung in Richtung Raunheim, wo die Bürger wirklich genug unter dem Fluglärm zu leiden haben, muß ebenfalls versagt werden. Wie hoch wären die Kosten, welche die Flughafen-AG für die Untertunnelung der Okrifteiler Straße, mit Platten, elektr. Beleuchtung, Rad- und Fußweg? Eine Umleitung durch den Wald muß weiterhin abgelehnt werden.

Die ökologischen Folgen einer Flugplatzerweiterung sind nicht zu übersehen. Herrn „Gscheidles“ einzige positive Leistungen sind Streckenstilllegungen. Am 8.10. ist nicht nur Wahltag, sondern zugleich Zahltag!





Der Vorstand der DKP-Mörfelden-Walldorf und die DKP-Stadtverordneten-Fraktion haben in einer Erklärung gegen die beabsichtigte Schließung des Kabel & Draht-Werkes in Gustavsburg protestiert. Der Großteil der Beschäftigten dieses BBC-Betriebes wäre bei Schließung von der Arbeitslosigkeit besonders hart betroffen. Unter der Belegschaft gibt es viele ältere Arbeiter, Angelernte, die sich Spezialkenntnisse in der Drahtherstellung angeeignet haben. Sie würden dann als Hilfsarbeiter „unvermittelbar“ auf dem Arbeitsmarkt stehen. Mit der Schließung dieses Betriebes würde die durch Opel entstandene Monostruktur des Kreises noch weiter verstärkt. Die Kabel & Draht-Arbeiter zeigen mit der Inschrift auf dem Schornstein, daß sie zum Kampf für die Arbeitsplätze bereit sind.



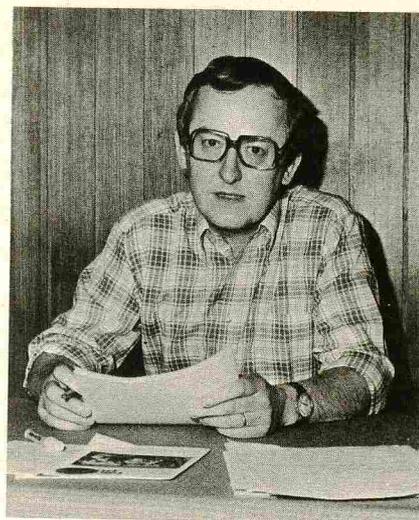
#### Der schönste Abschnitt?

In einem Bericht über einen Seniorenausflug

(FNP, 20. Juli 1978)

fanden wir nachfolgende Kubzellen:

...Kolo...  
In Gernsheim schließlich begann auch der schönste Abschnitt der Fahrt auf dem hochwasserführenden Rhein. Nicht nur weil es die gesprengten Brückenpfeiler zu sehen gab, die Motorfähre, sondern auch die Militärbrücken von Bundeswehr und den amerikanischen Streitkräften. Pioniere aus den Staaten übten nämlich mit Amphibienpontons. Die Fahrt in den Altrhein über den nördlichen Altrheinarm zur Küh... Festl...



Rudi Hechler  
DKP-Kandidat zur  
Landtagswahl '78:

Besser wäre  
„Bestattungs“-Vertrag

## „Höchste“ Zeit für Umweltschutz

Die Belastungen der Umwelt in unserer engeren Heimat nehmen immer mehr zu. In Kelsterbach sorgt man sich um Cadmium in der Luft, in Mörfelden-Walldorf sollen riesige Kieslöcher gebaggert werden, der Flughafen unternimmt alles, um seine Startbahn „West“ in die letzten intakten Wälder unserer Gegend schlagen zu können und der Farbwerke Hoechst AG wurde es von der Landesregierung bis zum Jahr 2000 gestattet, täglich 31 Güterwagen Chlorid (das sind 17.280 Ztr.) in den Main zu kippen. Bei den geschilderten Fällen wird erneut deutlich, wer der Hauptumweltzerstörer ist, es sind die Großunternehmen, bei denen nicht der Mensch, sondern der Profit im Vordergrund steht.

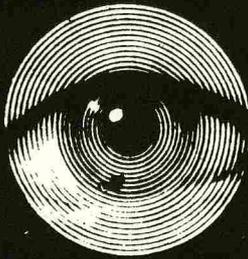
Mit dem Chlorid-Freibrief der Hessischen Landesregierung ist man von der stillschweigenden Tolerierung zur vertraglich gesicherten Vergiftung des Mains, der als Trinkwasser-Reservoir Bedeutung gewinnen wird, übergegangen. Man darf dabei nicht vergessen, daß die Hoechst AG regelmäßig tonnenweise auch andere Gifte in den Main leitet, der bei Niedrigwasser nur noch Abwasser ist.

Die Nachricht über die „gestattete“ Einleitung von täglich einer Schiffsladung Chlorid kommt zu einer Zeit, wo mit lancierten Meldungen mit „Umwelterfolgen“ Reklame gemacht wird. An der Propagierung dieser „Erfolge“ beteiligen sich alle im Landtag vertretenen Parteien und die großen Konzerne. Allen voran die Farbwerke Hoechst, die mit ihrer für das Umland gedruckte, von Arbeitergroschen bezahlte und von CDU-Politikern redigierten Zeitung „Blick auf Hoechst“ den Bürgern die Augen zuklebstern will.

Ich meine: Dieser Skandal-Vertrag muß rückgängig gemacht werden, der Chemie-Gigant muß verpflichtet werden, seine Abfälle selbst zu beseitigen und den angerichteten Schaden wieder gut zu machen.

Kein Wähler hat der Landesregierung das Mandat gegeben, einen solchen „Gestattungsvertrag“ abzuschließen. Überhaupt sollte man den Vertrag besser „Bestattungsvertrag“ nennen, denn damit wird nicht nur das Konzerngift beerdigt, sondern auch die Hoffnung auf einen sauberen Main.

# BLICKPUNKT KOMMUNAL



## Anträge der DKP-Fraktion

*Auf Antrag der DKP-Fraktion hatte die Stadtverordneten-Versammlung im Februar beschlossen, in Walldorf eine Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus zu errichten. In einem Antrag forderte jetzt die DKP eine würdige Gedenkfeier zur Einweihung.*

Die Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus wird am Samstag, 11. November 1978 in Walldorf enthüllt. Aus diesem Anlaß findet eine öffentliche Feier statt. Zu dieser Veranstaltung werden eingeladen: Überlebende des KZ Natzweiler/Kommando Walldorf, Vertreter der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, Frankfurt am Main, Rossertstr. 4, Vertreter der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Frankfurt am Main, Hügelstr. 15, ehemalige Widerstandskämpfer gegen den Faschismus aus Mörfelden/Walldorf.

### Begründung:

Der Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 13. Februar 1978, in Walldorf einen Gedenkstein für die Opfer des Faschismus zu errichten, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Nach Filbinger, nach dem Auftreten der Neonazis in Frankfurt am Main, nach den erschreckenden Vorkommnissen in der Bundeswehr erscheint es uns notwendig, Zeichen zu setzen.

Auf einer würdigen, politischen Gedenkfeier sollten neben Vertretern der Stadt vor allem auch Verfolgte des Naziregimes und antifaschistische Widerstandskämpfer zu Wort kommen.

Es scheint uns angebracht, daß neben den Medien Presse, Funk „Rundschau aus dem Hessenland“, Fernsehen „Hessenschau“, auch Schulen besonders eingeladen werden. Da sich am 10. November 1978 zum 40. Mal die sogenannte „Kristallnacht“ jährt (hier begann der Höhepunkt der Judenverfolgung im III. Reich), scheint es angezeigt, auch Vertreter einer Jüdischen Gemeinde (evtl. aus Frankfurt am Main) einzuladen.

*Die DKP-Fraktion wünscht eine schnelle Entscheidung über Erhaltungs-Maßnahmen des neu entdeckten Waldborn-Brunnen.*

Die Stadt übernimmt den Ausbau der historischen Brunnenanlage „Waldborn“, sie stützt sich hierbei auf Pläne des Heimatvereins.

### Begründung:

Durch die hoch einzuschätzende Arbeit des Heimatvereins wurde die historische Quelle freigelegt. Eine Stätte, die für die Stadtgeschichte große Bedeutung hatte und die rekonstruiert späteren Generationen erhalten werden sollte.

Die Gestaltung der Anlage müßte noch in einer ausführlichen Diskussion festgelegt werden, wobei offen scheint, ob hier ein Wanderstützpunkt, ein Rentnertreff oder einfach nur eine historische Stätte, die man den Schul- und Kindergartenkindern zeigen kann, entsteht.

## Anfragen der DKP-Fraktion

*Die DKP kümmert sich seit langer Zeit in Mörfelden und Walldorf um die Erhaltung historischer Gebäude. Mit einer Anfrage hat sie erneut Initiative ergriffen.*

1. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, Häuser von historischem Wert in unserer Stadt zu erhalten?
2. Gibt es eine städtische Liste erhaltenswerter und besonders gefährdeter Bauten? Wenn nicht, ist der Magistrat bereit, eine solche, evtl. unter Hinzuziehung der Heimatvereine, zu erstellen?
3. Bei einigen Häusern in der Mörfelder Langgasse scheinen dringende Maßnahmen (ehem. Bäckerhaus, Gasthaus „Zur Krone“) unumgänglich. Wäre der Magistrat bereit, für solche Renovierungs-Zuschüsse einzutreten, die für die Eigentümer der Häuser einen echten Anreiz bieten würden?
4. Hält es der Magistrat für sinnvoll, die Aufnahme einiger Gebäude in die Hessische Denkmalschutz-Liste zu erreichen?
5. Welche Chancen bestünden, nach Ansicht des Magistrats, hierbei für die Nikolauspforte?
6. Gibt es genaue Informationen über den baulichen Zustand der Nikolauspforte, des Gundhofes, des „Goldenen Apfels“, der Häuser in Mönchbruch und im Wiesenthal?
7. Wann steht nach Auffassung des Magistrats die Diskussion über die künftige Nutzung des „Goldenen Apfels“ auf der Tagesordnung? Werden den Stadtverordneten vor der Beratung die Kosten der bis jetzt in die Diskussion eingebrachten Variationen dargelegt? "

### Begründung:

In der Vergangenheit gab es kein Konzept für die Erhaltung der Reste des historischen Stadtbildes in Mörfelden und Walldorf. So wurden Fehler gemacht (z.B. Abriß der Fachwerkhäuser im Mörfelder „Eck“), die nicht mehr gut zu machen sind. Mittlerweile ist die Bausubstanz einer Reihe weiterer Gebäude stark angegriffen. Es ist

zu befürchten, daß bei einigen Häusern in wenigen Jahren nichts mehr zu retten ist. Deshalb scheint es uns notwendig, daß eine Liste der erhaltenswerten Bauten aufgestellt wird, daß Zug um Zug, bei Absprache mit den Eigentümern, Restaurierungsmaßnahmen geplant und durchgeführt werden.

*Mit zwei Anfragen versucht die DKP-Fraktion auf dem Gesundheitspolitischen Sektor Verbesserungen zu erreichen. Im Bereich der Zahnmedizin scheinen uns neue Überlegungen notwendig.*

Welche Möglichkeiten sehen Sie, von Seiten der Stadt, dem schon seit längerer Zeit geplanten Zahnärztheus im Stadtteil Mörfelden zur Realisierung zu verhelfen? Ist es möglich, wie bereits bei dem Mörfelder Ärztheus praktiziert, das Grundstück von der Stadt zur Verfügung zu stellen?

Wäre es sinnvoll und paßte es in die Planung, daß das Zahnärztheus auf dem städtischen Gelände neben dem Ärztheus errichtet wird?

### Begründung

Es ist bekannt, daß es an ernsthaften Bewerbern für das Projekt nicht gefehlt hat und daß bisher keiner der etwa 15 jungen Zahnmediziner die hohen Gesamtbelastungen, bei denen sicherlich die Grundstückskosten einen immensen Anteil einnehmen, tragen konnte. Der Wunsch unserer Bevölkerung, nach einer besseren zahnmedizinischen Versorgung, ist sicherlich berechtigt, sodaß hier baldigst eine Lösung gefunden werden sollte.

*Von einigen Bürgern wurde die DKP-Fraktion aufmerksam gemacht, daß es für sie oft schwierig sei, eine geöffnete Apotheke zu erreichen. Wir versuchen dies zu ändern.*

Ist der Magistrat bereit, mit den Apotheken-Besitzern Gespräche zu führen, um zu erreichen, daß in jedem Stadtteil immer mindestens eine Apotheke geöffnet ist?

### Begründung:

Wir wurden von Einwohnern unserer Stadt darauf angesprochen, Besonders für Bürger, die kein Auto besitzen, ist es kompliziert, die ‚diensthabende‘ Apotheke in einem anderen Stadtteil zu erreichen.

Sicher ist nach der Eröffnung der dritten Mörfelder Apotheke das Problem zu lösen.

Es ist mit Unkosten verbunden, eine solche Zeitung herauszubringen. Sie können über den Herausgeber, die Verteiler oder jedes Ihnen bekannte Mitglied der DKP einen finanziellen Beitrag dazu leisten.

## CDU erwägt Bürgerbegehren

So stand es als Überschrift in einer Tageszeitung zum Thema Fusionsumfrage der Christdemokraten. Was ist ein Bürgerbegehren und was soll dieses Ansinnen der CDU bezwecken? Laut § 8 b (1) der Hessischen Gemeindeverfassung heißt es wörtlich: „Die Bürger einer Gemeinde können verlangen, daß über eine bestimmte Angelegenheit der Gemeinde in dem zuständigen Organ der Gemeinde beraten und entschieden wird.“ Für unsere Stadtgröße sind 20 Prozent der Wahlberechtigten erforderlich, die mittels Unterschrift das Stadtparlament zwingen können, sich mit einer bestimmten Sache zu befassen.

Ein Bürgerbegehren ist also nur dann erforderlich, wenn keine im Parlament vertretene Partei sich einer Sache annimmt. Dann also können die Bürger dies mit einem Bürgerbegehren verlangen. Wenn die CDU nun die Fusionsfrage nochmals im Parlament beraten will, sich etwa gegen die Fusion aussprechen will (das hat sie bisher nicht deutlich getan), dann kann sie einen diesbezüglichen Antrag beim Stadtverordnetenvorsteher stellen. Dazu braucht keine Partei ein Bürgerbegehren. Dies ist auch keine repräsentative Umfrage, das darf man nicht verwechseln. Wollte die CDU eine Bürgerumfrage zur Fusion oder gar die Auflösung der Fusion, dann muß sie sich fragen lassen, warum sie den DKP-Anträgen nicht zustimmte, die dies forderten.

Einen Antrag zur Auflösung der Fusion stellt die CDU nicht. Warum? Es geht ihr darum, und nur darum, das mit viel Emotionen geladene Thema bis zur Landtagswahl am Kochen zu halten. Vielleicht geht mancher Wähler doch auf den CDU-Leim.

## Bolzplatz bleibt

Der Bolzplatz in der Daimlerstraße, wir berichteten bereits darüber, sollte, gerade ein Jahr alt, auf Antrag der SPD wieder beseitigt werden. Die DKP-Fraktion protestierte hiergegen und war der Meinung, daß man so nicht mit Steuergeldern umgehen darf. Nach einer Berücksichtigung des zuständigen Ausschusses werden nun dort einige Verbesserungen vorgenommen, so daß auch die Anlieger nicht mehr allzu sehr unter dem entstehenden Lärm zu leiden haben werden. Die SPD hat ihren Antrag auf Beseitigung endgültig zurückgezogen.

## Gemeinnutz geht vor Eigennutz

In einer der letzten Bauausschußsitzungen fragte CDU-Haselbach, ob es richtig sei, daß Arbeiter des städtischen Bauhofs die Fassade des städtischen Waldschwimmbades streichen dürften. Nach seiner Meinung dürften nur kleine Reparaturarbeiten vom Bauhof ausgeführt werden. „Nachtigall, ick hör dir trapsen“, kann man da nur sagen, denn sicher dachte Haselbach hier an einen CDU-Unternehmer. Eigennutz geht vor Gemeinnutz, heißt es offenbar für die CDU, die Umkehrung des bekannten Sprichwortes.

## Schwimmbad öffnet früher

Von vielen Bürgern wurden wir darauf aufmerksam gemacht, daß es zweckmäßig wäre, wenn die Stadt das Schwimmbad werktags eine Stunde früher öffnen würde.

Wir sprachen den Magistrat dieserhalb an und konnten erreichen, das zumindest während der Ferienzeit werktags ab 8 Uhr geöffnet wird.

## Kein Postamt im Parothchen

Einstimmig passierte unser Antrag nach einer Einrichtung eines Postamtes im Parothchen in Walldorf das Stadtparlament. Die Post hat (die Lokalpresse berichtete darüber) in einem Brief darauf geantwortet und den Wunsch der Stadt abgelehnt. Ein neues Postamt soll nicht eingerichtet werden. Wo kommen wir auch hin, wenn ein Bereich des öffentlichen Dienstes nicht nach gewinnbringenden Gesichtspunkten gesehen wird. Das gilt auch in anderen Bereichen so. „Kostendeckende Gebühren“. Das Wort klingt uns im Ohr, wenn es bei der Verwaltung um höhere Gebühren und Abgaben bei Schwimmbad, Wasser, Kanal, Müllabfuhr etc. geht. Frage: Wofür zahlen wir eigentlich Steuer? Manchmal hat man den Eindruck, daß die öffentliche Hand nicht für, sondern gegen die Bürger arbeitet. Das letzte Wort sollte zum Parothchen-Postamt noch nicht gesprochen sein.

# POST

Unser Leser Dietmar Treber sandte uns einen Brief zur CDU-„Bürgerbefragung“.

## Wahlrummel der CDU

Als in den Jahren 1974, 1975 und 1977 Anträge gegen die geplante Fusion auf der Tagesordnung standen, stimmte die CDU-Stadtparlamentsfraktion, genau wie SPD und FDP, immer gegen diese Anträge. Auch als eine offizielle Bürgerbefragung im Stadtparlament beantragt wurde, stimmte die CDU dagegen. „Die Zeichen der Zeit sprechen überwältigend und eindeutig für die Fusion“, war der Kommentar seitens der CDU. Die Bürgermeinung war den Herren der CDU ganz egal. Jetzt auf einmal ist die Bürgermeinung bei der CDU wieder gefragt. Eine Bürgerumfrage wurde mit großem Spektakel und Presseöffentlichkeit gestartet. Die CDU, die Partei mit Bürgernähe? Eine Partei, die jahrelang die Bürgermeinung mit Füßen getreten hat und gegen den Willen der Bevölkerung Fusionspolitik betrieben hat, verdient nicht das Prädikat „bürgernah“. Die Bürgerbefragung der CDU, kurz vor den Wahlen aus der „Trickkiste“ geholt, ist nichts weiter als ein Versuch, mit vorgetäuschter Bürgernähe auf Stimmenfang zu gehen.

Fast schon eine Unverschämtheit ist es jetzt von der CDU, die 2500 eingegangenen Stimmkarten aus beiden Stadtteilen als einen „guten Erfolg“ zu beurteilen. Als im Jahre 1976 die Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ Unterschriften gegen die Fusion sammelte, diffamierte auch die CDU diese Aktion als „unseriös“ und bezeichnete die Unterschriftensammlung als kommunistisch initiiert. Trotz dieser Diffamierungen und Boykottaufrufen von SPD, FDP und CDU, gelang es der Bürgerinitiative alleine 3100 Unterschriften (!) in Mörfelden gegen die Fusion zu sammeln. Dieses Ergebnis von über 40 % der Mörfelder Bevölkerung, wurde von der CDU als „Minderheit“ abgewertet. Jetzt aber sind die 2500 CDU-Stimmkarten aus beiden Städten ein „großer Erfolg“.

Daß die Bevölkerung gegen die Fusion ist, dazu hat es keiner Umfrage der CDU bedurft. Die Bürger waren und sind nach wie vor gegen diese „Zwangsehe“. Was notwendig ist, ist keine vor der Wahl demonstrierte Bürgernähe, und Versprechungen, man sollte endlich daran gehen und das tun, was der Bürger schon lange will; die Auflösung der Fusion durchführen.

# UZ

Unsere Zeit  
Zeitung der DKP

1. SEPTEMBER

# Antikriegstag

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen der Zweite Weltkrieg. Dieser Tag ist Mahnung und Verpflichtung für alle friedliebenden Menschen, alles zu tun, um die Gefahr eines neuen Krieges zu bannen.

Heute besteht die Aussicht, die im Zuge der Entspannung erreichten Fortschritte auszubauen und zu sichern und endlich auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, bei der Wiener Konferenz über die Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa, bei den SALT-Verhandlungen zwischen USA und UdSSR und dem ständigen Genfer Abrüstungsausschuß durchzusetzen. Die der Abrüstung gewidmete Sondertagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen hat für dieses Ringen bedeutsame Zeichen gesetzt.

Die weltweite Bewegung für Frieden und Abrüstung ist zu einer wichtigen politischen Kraft geworden. Gleichzeitig aber formieren sich gerade unter dem Eindruck verschärfter ökonomischer und sozialer Krisenerscheinungen entspannungseindliche Kräfte, die eine neue Runde des Wett-rüstens anzuhetzen und die Welt zurück in die Zeit des Kalten Krieges zu zerren versuchen. Noch immer gibt es keine feste Zusage der Regierung der Vereinigten Staaten, einen Vertrag über das völkerrechtliche Verbot der Herstellung der Neutronenbombe abzuschließen. Noch immer werden die Rüstungshaushalte, darunter auch der der Bundesrepublik erhöht, wodurch die Gefahr des Krieges wächst. Die letzte NATO-Gipfelkonferenz in Washington hat einen neuen Rüstungsschub beschlossen. Gewaltige Geldmit-

tel werden vergeudet, obwohl bei uns und besonders in den Entwicklungsländern soziale Probleme und Mißstände wegen angeblichen Geldmangels nicht gelöst werden können.

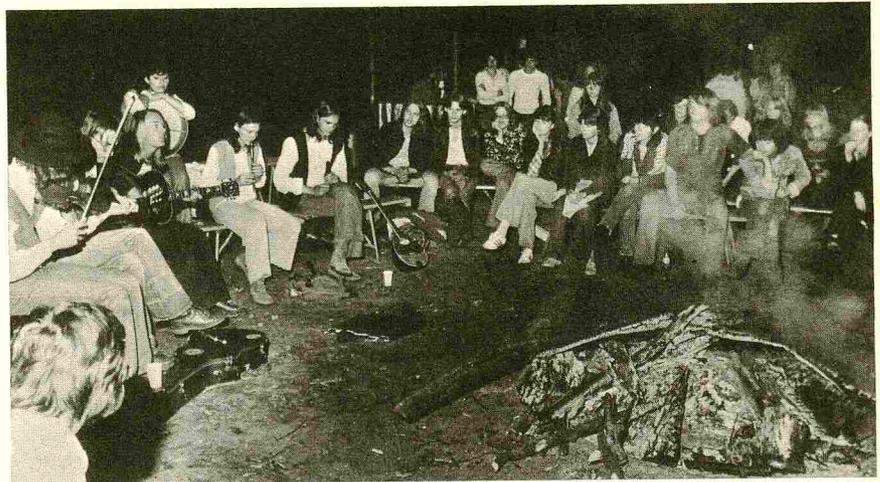
Begrüßenswert ist der Aufruf des 11. Kongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes anläßlich des Antikriegstages für Entspannung, Abrüstung und Frieden aktiv zu werden. Wir fordern alle Befürworter von Entspannung und Abrüstung auf, diese gewerkschaftlichen Aktivitäten zu unterstützen. Wir rufen dazu auf, gemeinsame Veranstaltungen auf breiter politischer Grundlage durchzuführen und einzutreten für

- die Beendigung des Wett-rüstens in Ost und West

- Nein zur Neutronenbombe
- keine weitere Erhöhung des Rüstungshaushaltes und Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte
- einen konstruktiven Beitrag für die Wiener Verhandlungen um die Verringerung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa
- die Rüstung, entsprechend den UNO-Resolutionen, zunächst um 10 % zu senken und die freiwerdenden Gelder für wirtschaftliche und soziale Aufgaben bei uns und in den Entwicklungsländern zu verwenden.

*Sommercamp der SDAJ im Wildpark. Schöne Tage, genutzte Freizeit. Es gab Sport, Spiel und viele kulturelle Darbietungen.*

*Unsere Bilder:  
Folk-Musik am Lagerfeuer (rechts).  
Sommercamp-Teilnehmer protestieren gegen das US-Bombenlager im Mörfelder Oberwald.*





Fünf arbeitslose Jugendliche protestierten angekettet vor dem hessischen Wirtschaftsministerium für ihr Menschenrecht auf Arbeit. Darunter Jörg Cezanne aus Walldorf und Peter Karches aus Ginsheim.

## Fünf junge Leute — angekettet: für ihr Menschenrecht auf Arbeit

Wir haben am 10. und 11. Juli 1978 vor dem Wirtschaftsministerium in Wiesbaden 36 Stunden aus Protest gegen Jugendarbeitslosigkeit und gegen die von der Landesregierung begonnene Irreführungskampagne „Von A bis Z — Jeder kann ausbilden!“ einen Sitzstreik durchgeführt. Im Mai 1978 sind beim hessischen Landesarbeitsamt für 35.223 Bewerber nur 26.893 Lehrstellen gemeldet. Darüber hinaus sind weitere tausende Jugendliche arbeitslos. Und wer arbeitslos ist und keine vernünftige Ausbildung machen kann, dem wird die Zukunft verbaut.

Mit Arbeitslosigkeit, besonders für die Jugendlichen wird eindeutig gegen unsere Hessische Verfassung und gegen das Grundgesetz verstoßen. In der Hessischen Verfassung heißt es in Artikel 27: „Die Sozial- und Wirtschaftsordnung beruht auf der Anerkennung der Würde und der Persönlichkeit des Menschen.“ In Artikel 28 heißt es: „Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit und, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, die sittliche Pflicht zur Arbeit.“

Das ist eine Verfassung, die von der großen Mehrheit der Bevölkerung mit 72 Prozent der abgegebenen Stimmen 1946 bestätigt wurde. Alle Parteien sind an ihren Auftrag gebunden. Wenn in diesem Jahr bei großen hessischen Betrieben Lehrlinge nach ihrer Lehre nicht weiterbeschäftigt werden, wenn Schulabgänger keine Lehrstellen und keine qualifizierten Studienplätze erhalten, dann wird jedes Mal gegen die Hessische Verfassung verstoßen. Wenn die Hoechst AG in Frankfurt dieses Jahr mehr als 70 Chemielaboranten, über 30 Chemiefachwerker und von sieben sechs Physiklaboranten nach bestandener Lehre auf die Straße wirft, heißt der Verfassungsbrecher: Hoechst AG. Wenn bei Merck in Darmstadt von 104 Lehrlingen 38 nicht nach der Lehre übernommen werden, so heißt der Verfassungsbrecher: Esser, Hauptaktionär und Vorsitzender der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA). Wir fordern im Interesse der großen Mehrheit der hessischen Jugend die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, als ersten Schritt die sofortige Erhebung der Berufsausbildungsabgabe.

Wir erheben folgende Forderungen:

1. die sofortige Bereitstellung von 1.000 qualifizierten Ausbildungsplätzen bei den drei hessischen Großkonzernen Hoechst AG, Opel in Rüsselsheim und VW in Kassel. Durch gesetzliche Verpflichtung müssen insgesamt 25.000 Ausbildungsplätze in Hessen zur Verfügung gestellt werden.
  2. Dazu gehört die umgehende Einrichtung der bereits bei den Landtagswahlen 1974 versprochenen über- und außerbetrieblichen Lehrlingswerkstätten in strukturschwachen Gebieten (wie Fulda, Limburg, Vogelsberg etc.).
  3. Nicht nur die bereits versprochenen 820 Lehrer, sondern mindestens 4.000 Lehrer müssen bis spätestens 1. Februar '79 eingestellt werden.
  4. Um bereits in der Schule auf eine zukunftsorientierte Ausbildung vorzubereiten, muß die Integrierte Gesamtschule als Regelschule durchgesetzt werden.
- Diese Petition übermitteln wir mit der Bitte um Stellungnahme an den Minister Karry für die Hessische Landesregierung, an die Parteien SPD, FDP, CDU und DKP und der Öffentlichkeit in Hessen.

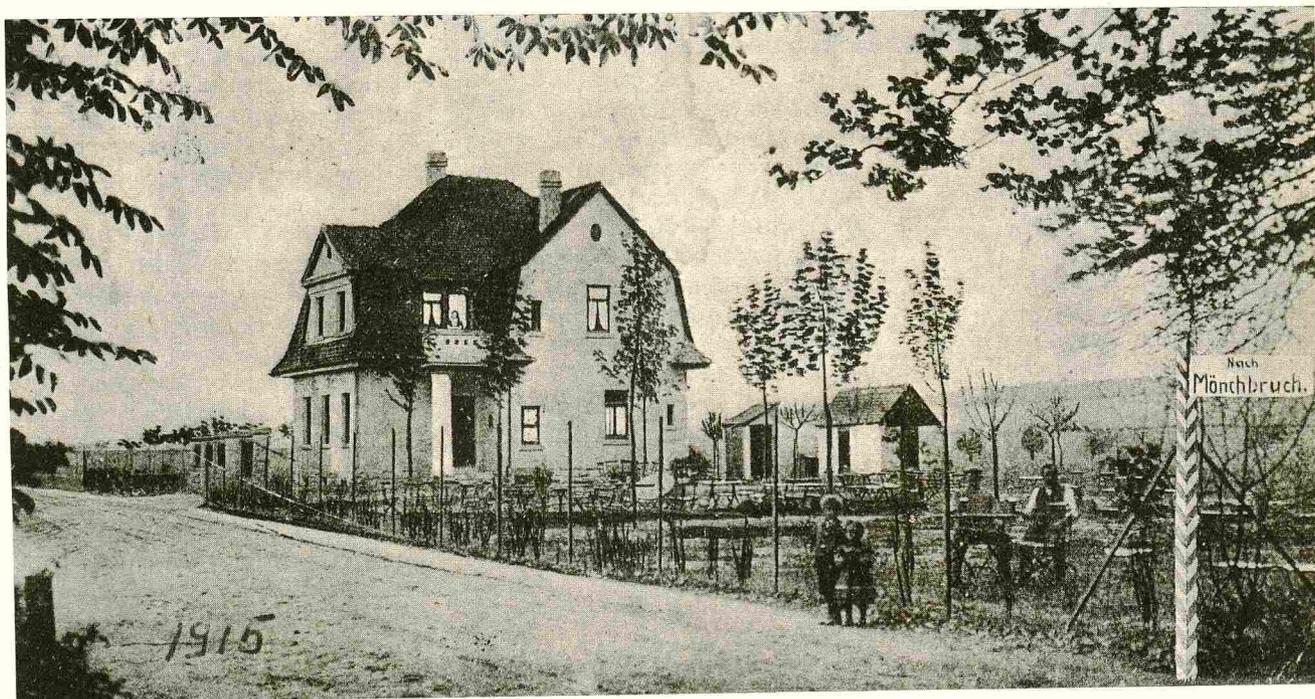
**Manfred Alter, Kassel**  
**Karin Happ, Frankfurt**  
**Peter Karches, Ginsheim-Gustavsburg**  
**Hans-Jürgen Iwaski, Kassel**  
**Jörg Cezanne, Walldorf**

# Das Buch ist da!

Viel Arbeit hat es gemacht, unser neues „blickpunkt“-Buch. Hunderte Dialekt-Wörter, Sprüche (Schbrisch) und Fotos wurden zusammengetragen.

## Merfeller Gebabbel

Über 200 Seiten sind es geworden. Der Preis, DM 15,-, ist deshalb so niedrig, weil wir fast alles selbst gemacht haben. Ab sofort ist es bei allen Mitgliedern der DKP-Mörfelden erhältlich.



### Mörfelden gestern

Eine Postkarte aus dem Jahre 1915. Eine Aufnahme über die Jüngere erstaunt sind, denn das Gasthaus „Zum grünen Haag“ steht hier im freien Feld. Bis vor wenigen Wochen konnte man das Haus in der alten Form noch antreffen – jetzt wurde dort umgebaut und modernisiert. Auf der Rückseite der Postkarte steht übrigens noch vermerkt, daß sich das Waldrestaurant in 10 Minuten von der Bahn erreichen läßt und daß sich dort ein „Großer schattiger Konzertgarten“ befindet. – Zahlreiche solcher Fotos vom alten Mörfelden sind im „blickpunkt“-Buch „Merfeller Gebabbel“, das gerade erschienen ist, abgedruckt.